

---

Teil 11 – 2024

Palermo, 04. Juni 2024

---

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

### Politische und soziale Situation

Der [Gerichtshof von Florenz](#) hat die Ausweisung eines gambischen Staatsbürgers ausgesetzt, dem im Rahmen eines **„beschleunigten Verfahrens“** internationaler Schutz verweigert wurde. Grund dafür sei die Dauer des Urteils: Die Questura benötigte zur Übermittlung der Daten sechs Monate, was im Gegensatz zu dem angewandten Verfahren stehe und deutlich kürzere Fristen von insgesamt neun Tagen vorsehe. **Wenn Italien den Zeitrahmen eines beschleunigten Verfahrens nicht einhalten könne, müsse das ordentliche Verfahren angewendet werden**, das eine gründlichere Prüfung des Falles vorsieht. Das Urteil, das durch eine ähnliche Entscheidung der Vereinigten Kammern des Kassationsgerichts vom 9. April gestützt wird, ist für Gerichte in ganz Italien richtungsweisend und steht in einem starken Widerspruch zu den migrationspolitischen Versprechen der italienischen Regierung unter Giorgia Meloni, wie u.a. die schnelle Abschiebung möglichst vieler Schutzsuchender.

### Updates zum Migrationspakt

Nur kurze Zeit nachdem der neue europäische Pakt für Migration und Asyl verabschiedet wurde, fordern [zahlreiche EU-Staaten](#) bereits weitere Abschiebungen, auch in Nicht-EU-Staaten (häufig als „Drittstaaten“ bezeichnet), darunter Österreich, Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Malta, die Niederlande, Polen, die Tschechische Republik und Rumänien. In einem **Brief an die Europäische Kommission** fordern die 15 Unterzeichnenden, Flüchtende bereits auf hoher See abzufangen und „in ein Partnerland außerhalb der EU zu bringen“. Außerdem werden die Abkommen mit der Türkei, Tunesien und Albanien (durch Italien) und das menschenverachtende „Ruanda-Modell“ der britischen Regierung gelobt. All diese Mechanismen drängen auf die **Externalisierung von Asylverfahren**. Professor Maurizio Ambrosini, italienischer Experte für Migration, kommentierte das Schreiben: „Insgesamt zeichnet sich eine Europäische Union ab, die darauf ausgerichtet ist,

die Aufnahme von Flüchtlingen zu reduzieren. Sie ist aber gespalten zwischen denjenigen, die an humanitären Werten festhalten, und denjenigen, die **den Schutz der Grenzen zu einem unantastbaren Prinzip erhoben haben.**“ Deutschland, Frankreich und Spanien – starke Stimmen innerhalb der EU – haben das Schreiben hingegen nicht unterzeichnet.

### EU-Deals mit nordafrikanischen Staaten

Der Migrationsdeal der EU mit Tunesien steht erneut in der Kritik: Einen Monat nach der Unterzeichnung der Vereinbarung hatte der [Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte \(OHCHR\)](#) ein Schreiben an die EU gerichtet, in dem er die Politik in Nordafrika und die Unterstützung von Regierungen mit einer **zunehmend rassistischen und diskriminierenden Politik** kritisierte. Insbesondere kritisierte das UN-Gremium, dass die „künftige Umsetzung [des Abkommens] zu einer möglichen **Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und der Menschenrechte von Flüchtlingen** führen könnte“. Im gleichen Zeitraum hat die EU weitere Abkommen mit Ägypten und dem Libanon verhandelt, die ebenfalls die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der irregulären Migrationsbewegungen anstreben. Die Externalisierung der Grenzen hat sich mittlerweile zur politischen Norm der EU entwickelt. Das zeichnet sich auch in den Aussagen der EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen ab, die im Memorandum mit Tunesien einen guten Start „für künftige Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern“ sieht.

### Wahl zum EU-Parlament



Foto: Guillaume Périgois, unsplash

Im aktuellen Wahlkampf für die Europawahlen fallen die Versprechungen der verschiedenen – meiste rechtsextremen – Parteien in Bezug auf Flucht und Migration besonders durch ihre Härte auf. „Es entsteht das Bild eines zunehmend geschlossenen und **unzugänglichen Kontinents, mit Zügen, die an offenen Rassismus grenzen**“, so der Verein [AVIS \(Associazione Volontari Italiani del Sangue\) Legnano](#) in einem Beitrag zu den bevorstehenden Wahlen. Anschließend daran kann man [hier](#) die Parteiprogramme italienischer Parteien nach den **Positionen zum Thema Migration und Asyl** untersuchen.

### **„Ein unheilbares Phänomen systematischer, mörderischer und politischer Gewalt“**

Wie die Manipulation von Informationen Meinungsfreiheit und richterliche Unabhängigkeit im postfaschistischen Italien einschränkt. Fake News, entkontextualisierte Informationen, den Mund verbieten – all dies sind Methoden, um das Invasions-Narrativ der Migration zu unterfüttern. Die Rechte bedient sich dabei nicht nur einfacher Falschmeldungen, sondern bedroht auch die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Richter\*innenschaft. Wie weit ist Italien wirklich noch vom Faschismus entfernt? Dazu [hier](#) einige Gedanken von [borderline-europe](#), Italien.

### **Albanien: Extraterritoriale Hotspots Italiens**

Ab Anfang Juni sollen 20 Polizeibeamt\*innen die leeren Bauflächen in Albanien bewachen, auf denen zukünftig Erstaufnahmezentren des italienischen Staats eingerichtet werden sollen. Eine erste Struktur ist bereits fertig gebaut, doch es wird noch Monate dauern, bis der Hotspot in Betrieb genommen werden kann. Die Überwachung des Geländes kostet jedoch bereits jetzt rund **2.000 Euro pro Tag plus Unterkunft und Verpflegung der Beamt\*innen** – Geld, das stattdessen in eine menschenwürdige Aufnahmesystem investiert werden könnte.

Zwischen Italien und Albanien kommt es noch immer zu **Uneinigheiten in Hinblick auf die Befugnisse auf den albanischen Gebieten, auf denen Italien eigene Hotspots baut**. So wurde dem italienischen Politiker [Angelo Bonelli](#), der seinen Inspektionsbefugnissen nachgehen wollte, zunächst der Zutritt zum Hotspot von Schengjin

(Albanien) verweigert. Nach einem politischen Ringen durfte Bonelli diesen schließlich betreten. [Zurzeit](#) prüfen der Oberste Gerichtshof in Italien und der Europäische Gerichtshof (EuGH) die sogenannten ‚beschleunigten Verfahren‘ an der italienischen Grenze, die von vielen italienischen Richter\*innen abgelehnt werden. Noch ist folglich nicht entschieden, ob die Zentren in Albanien tatsächlich eröffnet werden dürfen. Seitens Nichtregierungsorganisationen, Hilfsorganisationen und Initiativen wird diese Auslagerung des italienischen Migrations- und Asylsystems entschieden abgelehnt.

Neben den schon exorbitanten Kosten (ca. eine Milliarde Euro in fünf Jahren) für die Zentren in Albanien kommen jetzt noch die **Kosten der zu mietenden Schiffen** hinzu, die die von italienischen Behörden gerettete Geflüchtete (nur Männer aus sicheren Herkunftsländern) nach Albanien bringen sollen. Die Übergabe soll südlich von Lampedusa auf hoher See stattfinden, ein gefährliches Unterfangen. Kostenpunkt bisher: **13,5 Millionen Euro Miete für drei Monate**. Eine Verschwendung von Steuermitteln ohne gleichen.

### **Libyen: „Freiwillige“ Rückkehr**

Seit 2015 hat die [Internationale Organisation für Migration \(IOM\)](#) in Libyen im Rahmen ihres **Programms zur freiwilligen humanitären Rückkehr rund 80.000 Migrant\*innen unterstützt**, in ihr Herkunftsland zurückzukehren „und ihr Leben neu aufzubauen“, wie die IOM erklärt. Zurückkehrende Migrant\*innen erhalten laut IOM nach ihrer Ankunft in ihren Herkunftsländern Aufnahmehilfe sowie Unterstützung bei der Wiedereingliederung durch individuelle Wiedereingliederungshilfepakete, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und psychosozialer Unterstützung. Das Programm in Libyen wird von der Europäischen Union, sowie den Regierungen Italiens und der Schweiz finanziert.

### **Tunesien: Proteste gegen autoritäre Politik**

Mit einer **Demonstration haben hunderte Menschen in Tunis (Tunesien) gegen die autoritäre und rassistische Politik des tunesischen Präsidenten Kais Saied protestiert**. Auslöser waren die zahlreichen Verhaftungen von Journalist\*innen, Anwält\*innen und Bürgerrechtler\*innen in den letzten Tagen. Auch der italienische Staat und die

Regierungschefin Giorgia Meloni wurden als „**Kompliz\*innen der Menschenrechtsverbrechen des tunesischen Diktators**“ angeklagt, weil sie enge Beziehungen zwischen dem tunesischen Präsidenten und der Europäische Union aufrechterhalten.

### **Neuer Bericht: „Desert Dumps“**

Der neue Bericht „**Desert Dumps**“ (dt. Wüstendeponien), der von Lighthouse in Zusammenarbeit mit der Washington Post, Enass, Der Spiegel, El Pais, IрпиMedia, ARD, Inkyfada und Le Monde herausgegeben wurde, beleuchtet die dramatische **Menschenrechtssituation von überwiegend Schwarzen Geflüchteten in nordafrikanischen Staaten**. Diese werden u.a. von Tunesien und Libyen aus in die Wüste deportiert und dort ihrem Schicksal überlassen. Der Bericht zeigt auch, wie **Europa die Menschenrechtsverletzungen von Geflüchteten unter dem Deckmantel des ‚Migrationsmanagements‘ unterstützt und finanziert**.



Foto: Halima Bouchouicha, unsplash

„Europa unterstützt, finanziert und ist direkt an geheimen Operationen in nordafrikanischen Ländern beteiligt, bei denen jedes Jahr Zehntausende von Schwarzen in der Wüste oder in abgelegenen Gebieten abgeladen werden, um sie daran zu hindern, in die EU zu kommen“. Zudem sei Europa wissentlich an der „systematischen Erstellung von *racial profiles* sowie der Inhaftierung und Ausweisung Schwarzer Gemeinschaften in mindestens drei nordafrikanischen Ländern beteiligt, so die **Herausgeber\*innen**. Lighthouse Reports gelangte nach der einjährigen Recherche zu dem Schluss, dass die tunesische Nationalgarde

im Zentrum der **Deportationen in die Wüste** stehe, wobei ein Großteil der Finanzmittel aus europäischen Ländern stamme.

Auch in **diesem ausführlichen Beitrag** von Argo, „Cento occhi su Catania“ wird über die autoritären Regierungspraktiken des tunesischen Präsidenten Kais Saied und die **Kollektivausweisung von Schwarzen Migrant\*innen in Tunesien** berichtet. „Die von der italienischen Regierung so hochgelobte Pseudo-Demokratie von Saied wird die Destabilisierung des Mittelmeerraums verstärken, wie es bereits in Libyen geschehen ist“, so Argo in einer Analyse der **italienischen Perspektive** und Unterstützung des Regimes von Saied.

### **Situation der Geflüchteten**

**Marjan Jamali**, eine 27-jährige Iranerin aus Teheran, Überlebende sexualisierter Gewalt und Mutter eines Sohns, wurde bei ihrer Anlandung in Italien als ‚scafista‘ (Menschen, die die Boote fahren oder den Fahrer\*innen helfen) festgenommen und wegen **‚Beihilfe zur illegalen Einwanderung‘** für sieben Monate inhaftiert (wir berichteten **hier**). Es vergingen Monate, bis man ihr die Anklage in ihrer Sprache, Farsi, mitteilte und die Öffentlichkeit auf ihren Fall aufmerksam wurde. Mittlerweile ist die Abgeordnete Laura Boldrini wie auch Amnesty International, mehrere lokale und nicht lokale Komitees sowie der Garant für die Rechte von Menschen, die sich in Haft befinden, in ihren Fall involviert. Doch die Richter\*innen des Untersuchungsgericht von Reggio Calabria glauben Marjan Jamali ihre Fluchtgeschichte als Überlebende sexualisierter Gewalt durch ihren Ehemann nicht; nicht einmal ihre Narben sind ausreichend. Die drei Männer, die sie auf dem Fluchtboot sexuell belästigt und schließlich als ‚scafista‘ beschuldigt haben, sind verschwunden – doch ihre Aussagen werden hingegen für bare Münze genommen.

**Nun wurde sie in die SAI-Unterkunft** (Sistema Accoglienza Integrazione, SAI – italienisches Aufnahme- und Integrationssystem) **in Camini entlassen und dort unter Hausarrest mit elektronischen Fußfesseln gestellt**.

Dies wurde unter anderem beschlossen, da sie als alleinerziehende Mutter einen 8-jährigen Sohn hat, den sie in den letzten Monaten kaum sehen konnte

und der durch eine fremde Familie betreut werden musste.

Zu diesen Menschen- und Kinderrechtsverletzungen kommt es, da Meloni das Vorgehen gegen „Schlepper\*innen“ als Wahlkampfmethodik nutzt und vermehrte Verhaftungen priorisiert. Dabei gibt es kaum faire Prozesse und die Einhaltung der Menschenrechte wird vernachlässigt.



Foto: Joseph Fulgham, unsplash

Ähnlich dramatisch ist auch der Fall von [Maysoon Majidi](#), einer iranischen Kurdin, Schauspielerin, Regisseurin und Aktivistin, die **vom iranischen Regime verfolgt wird**. Sie flüchtete zunächst in den Irak und die Türkei, doch da sie befürchtete an den Iran ausgeliefert zu werden, verließ sie die Türkei gemeinsam mit anderen Menschen an Bord eines Segelschiffs. In Kalabrien wurde Maysoon Majidi wegen des **Vorwurfs der Schleusung als ‚scafista‘ inhaftiert** – ebenfalls ohne Zugang zu Dokumenten in einer Sprache, die sie versteht. Ihr Prozess ist dem Gericht von Crotona anhängig.

**Seit dem 27. Mai befindet sich Maysoon Majidi im Gefängnis von Castrovillari im Hungerstreik:** als Protest und Hilferuf, um endlich gehört und vor einem Regime geschützt zu werden, das sie auf eine Verbotliste gesetzt hat und vor dem sie geflohen ist. Der Hungerstreik ist ein extremer Protest gegen die Justiz in Crotona, die ihrer Geschichte in einem undurchsichtigen Gerichtsverfahren weiterhin keinen Glauben schenkt. Die Anschuldigung wurde auf Grundlage zweier Zeug\*innenaussagen erhoben, die sich an Bord des Segelbootes befanden und Maysoon dabei beobachtet haben, wie sie anderen Flüchtenden

Wasser brachte. Später bestritten die Zeug\*innen, dass Maysoon eine ‚scafista‘ (Schmugglerin) sei und erhoben Anschuldigungen gegen diejenigen, die sie verhörten. Der Kurdin wurde trotz der Intervention mehrerer humanitärer Organisationen wie Amnesty International und der Initiativen italienischer und europäischer Parlamentarier\*innen der Hausarrest verweigert.

Die beiden iranischen Frauen verbindet nicht nur die Anklage als ‚scafista‘, die Hartnäckigkeit der Gerichte und die **mangelnden Beweise**, sondern auch, dass die italienischen Behörden die **unterschiedlichen Sprachen von Flüchtenden und Zeug\*innen** – hier Arabisch und Farsi – übergehen und es weder Audio- noch Videoaufnahmen der Vernehmungen gibt, um die Aussagen zu überprüfen.

Marjan Jamali und Maysoon Majidi erhalten als einzige verhaftete Frauen deutlich **mehr Aufmerksamkeit**, als die vielen anderen Fälle von ‚scafisti‘.

In Medienberichten ist häufig zu beobachten, dass der Fokus der Berichterstattung auf dem Überleben von sexualisierter Gewalt liegt, die die Frauen erfahren haben. Die strukturelle Gewalt, die durch italienischen Behörden und Gerichte ausgeübt wird, wird somit in den Hintergrund gerückt.

Denn von dieser strukturellen Gewalt der Behörden sind noch zahlreiche weitere Personen betroffen, die ebenfalls als „Schlepper\*innen“ inhaftiert sind und keinen ausreichenden Zugang zu ihren Rechten bekommen und über die wir regelmäßig in [diesem Newsletter](#) berichten.

### **Richtigstellung**

Im [Scirocco 10/2024](#) berichteten wir über das **Abschiebegefängnis Ponte Galleria in Rom**. Seit Jahren wird die Schließung des CPR (Centri di permanenza per i rimpatri) gefordert. Leider waren wir etwas vorschnell, denn noch wird das Abschiebegefängnis in Rom **nicht geschlossen**. Wir hoffen dennoch, dass die zahlreichen Proteste Früchte tragen werden und diese unmenschliche Verwaltungshaft ihre Pforten schnellstmöglich schließen wird.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des **Scirocco** sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).

Kontakt

---

[borderline-europe](#)  
**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**  
<https://www.borderline-europe.de/>  
[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024  
mit freundlicher Unterstützung der  
Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR).

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash